



Die elfte Klasse der Freien Waldorfschule Aalen hat Dr. Ingeborg Gräßle im Europaparlament in Straßburg zum Interview getroffen. Anna Maile (rechts), Amelie Walter und Andrea Schweizer (links) interviewen die Politikerin für diesen Beitrag im SchwäPo-Projekt „Zeitung in der Schule“ (ZiS). *Fotos: ZiS*

Problemen in Italien auf der Spur

Interview Der Südtiroler MEP Herbert Dorfmann spricht über die regionalen Unterschiede in seinem Heimatland.

Straßburg. Im Gespräch mit dem italienischen Abgeordneten im Europäischen Parlament, Herbert Dorfmann, sind Fanny Huber, Carolin Schwenk und Anastasia Zhovnir.

Anastasia: Italien scheint ein großes Risiko für die EU zu werden. Was könnten die schlimmsten Folgen einer Italienkrise für die EU sein?

Herbert Dorfmann: Nach den Wahlen vom 4. März passt Italien sicher nicht in das Gefüge der EU. Da gibt es keinen Zweifel. Man sollte jetzt schauen, was die italienische Regierung tut. Und die EU sollte sagen: Wenn man in einen Club ist, gibt es gemeinsame Regeln. Diese Regeln sind einzuhalten. Wir als EU sollten uns aber auch fragen, wieso es in Italien zu dieser Wählerentscheidung gekommen ist, wieso so viele Menschen in Italien diese zwei extremen Parteien gewählt haben, und ob es nicht eine europäische Mitverantwortung dafür gibt.



Herbert Dorfmann

„Wer mehr hat, muss mehr geben“

Zeitung in der Schule EU-Politikerin Ingeborg Gräßle spricht im Interview mit Waldorfschülern aus Aalen über die Lastenverteilung in der EU, über den Brexit und neue Mitglieder.

Straßburg

Mit der Europa-Abgeordneten für den Wahlkreis Aalen und Heidenheim, Dr. Ingeborg Gräßle, sprachen Anna Maria Maile, Andrea Schweizer und Amelie Walter über die EU und das Europaparlament.

Anna: Warum liegt es Ihnen so am Herzen, dass Jugendliche wie wir ins Parlament kommen?

Ingeborg Gräßle: Die EU und das EU-Parlament sind Eure Sache, die aufrechte Haltung der Zusammenarbeit – das ist Eure Zukunft. Deswegen ist es mir wichtig, dass Ihr Euch darum kümmert. Dass Ihr Euch für Politik interessiert, dass Ihr versteht, dass das Euch angeht. Weil dies Euer Leben ganz konkret betrifft.

Amelie: Was erwarten Sie von uns jungen Europäern in Bezug auf Europa?

„Machen Sie Europa zu Ihrem Thema. Ich möchte, dass Sie dafür brennen.“

Inge Gräßle
Abgeordnete im Europaparlament

Ich fände es toll, wenn junge Leute sich für das Thema Europa interessieren, wenn sie sich darüber informieren, wenn sie dran bleiben. Ich möchte, dass Sie das Thema Europa zu Ihrem Thema machen und dass Sie dafür brennen. Wenn wir das kaputt gehen lassen, dann haben wir Ihre Lebensgrundlage zerstört. Dann haben wir den Frieden in Europa zerstört.

Amelie: Was wäre Ihrer Meinung nach die beste Lösung, um beim Brexit friedlich auseinander gehen zu können?

Also, es gibt keine Lösung für den Brexit, der ist natürlich ein furchterlicher Fehler. Und jetzt kann man den Brexit noch schlimmer machen, indem man die Brücken maximal abbricht, das wäre der eigentliche Fehler. Der Ball liegt im Feld der Briten, die Briten müssen sagen, wie sie sich ihre künftige Beziehung zu der EZU vorstellen. Ich glaube, dass das Ganze ein ziemliches Desaster wird.

Andrea: 2007 waren Sie gegen die EU-Erweiterung; werden Sie das mit Blick auf 2025 auch wieder sein und mit welchen Argumenten?

Man lernt ja dazu in seinem Leben, aber ich glaube, ich möchte auch jetzt keine EU-Erweiterung. Zwar sehe ich die stabilisierende Wirkung der Erweiterung für die Länder selber, aber

ich sehe auch, dass wir keine Erweiterung in dem Zustand vertragen, in dem die Europäische Union sich jetzt befindet. Aber die Länder, die an der Tür der EU warten, sollten auf jeden Fall eine Perspektive bekommen. Das heißt: Wir müssen uns überlegen, wie wir diese Länder ohne Mitgliedschaft an die EU eng andocken. Damit der Reformprozess dort weitergeht, damit der Aufbau der Rechtssicherheit weitergeht, dass sie mit uns die illegale Migration bekämpfen und die jeweiligen Länder zu Wohlstand und Beschäftigung hinstreben, das ist die eigentliche Herausforderung und an der würde ich mich gerne beteiligen.



Anna: Bei welchem eventuellen zukünftigen Mitgliedsland würden Sie die größten Probleme sehen?
Der Größte ist immer das größte Problem. Das wäre natürlich die Türkei wegen der offenen Frage der Grundwerte und der nicht geklärten Lage in ganz vielen Fragen. Aber ich glaube, die Türkei hat sich inzwischen selber außen vor gestellt. Nicht außen vor hingegen ist der Westbalkan, damit meine ich die Länder des ehemaligen Jugoslawiens, die noch nicht Mitglied sind. Unterhalb eines Beitritts muss hier

Anna: Bei welchem eventuellen zukünftigen Mitgliedsland würden Sie die größten Probleme sehen?
Der Größte ist immer das größte Problem. Das wäre natürlich die Türkei wegen der offenen Frage der Grundwerte und der nicht geklärten Lage in ganz vielen Fragen. Aber ich glaube, die Türkei hat sich inzwischen selber außen vor gestellt. Nicht außen vor hingegen ist der Westbalkan, damit meine ich die Länder des ehemaligen Jugoslawiens, die noch nicht Mitglied sind. Unterhalb eines Beitritts muss hier

Inge Gräßle und ihr politisches Engagement

Inge Gräßle gilt als eine der zehn einflussreichsten Abgeordneten im Europaparlament (EP), das mehr als 700 Mitglieder hat. Seit 2004 ist Gräßle im Europaparlament. Sie hat dort lange als Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Gruppe in der Fraktion der EVP (Europäische Volkspartei) die Strippen gezogen. Seit 2014 ist Inge Gräßle Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses, dessen Hauptaufgabe die Kontrolle der Ausgaben der Europäischen Union ist. Ein wichtiges Thema dabei ist der Umgang mit EU-Geldern in den Mitgliedsstaaten. Einige dieser Staaten haben mit Korruption und staatlicher Misswirtschaft zu kämpfen.



Ingeborg Gräßle
Foto: privat

Privatleben: Dr. Ingeborg Gräßle – so ihr eigentlicher Name – kommt aus Großkuchen, wo sie auch jetzt wohnt, wenn sie nicht in Brüssel, Straßburg oder in politischer Mission in Europa unterwegs ist. Ihr Werdegang in Kurz-

mehr als eine Assoziierung geboten werden.

Andrea: Wie begründen Sie, dass bestimmte EU-Mitgliedsstaaten mehr Beiträge bezahlen sollen?

Wer mehr hat, muss mehr geben. Relativ zahlen alle gleich viel, circa ein Prozent vom Bruttoinlandsprodukt, je nach Wirtschaftskraft mehr oder weniger. Wenn die Deutschen mal nicht mehr die größte Summe zahlen, dann haben wir ein Problem. Alle zahlen gleich viel, aber nicht alle bekommen gleich viel raus. Da gibt es ärmere Länder und Länder, die mehr können.

„Die Europäische Union ist ja nicht die Caritas.“

Inge Gräßle
zur Unterstützung ärmerer Länder

Andrea: Hat die Unterstützung der ärmeren Länder denn was gebracht?

Ich glaube, dass wir in den letzten Jahren große Erfolge erzielt haben in Ländern wie Polen und Tschechien. Mit nur drei Prozent hat Tschechien die niedrigste Arbeitslosenquote. Wir müssen immer den unterstützen, der die meisten Probleme hat, aber ich wünsche mir, dass wir auch eine Klausel einbauen, dass Förderungen irgendwann mal auslaufen. Die EU ist ja nicht die Caritas. Jeder muss sich anstrengen

form: Abitur am Hellenstein-Gymnasium in Heidenheim, Volontariat zur Zeitungsredakteurin in Augsburg, Studium romanische Sprachen, Geschichte und Politik in Stuttgart und Paris (Magister). Promotion an der FU Berlin zur Dr. phil. scI..

Der politische Werdegang: Im baden-württembergischen Landtag war Inge Gräßle von 1996 bis 2004, unter anderem war sie stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion. Seit Jahren ist sie Mitglied im Landesvorstand der CDU und der Frauenunion Baden-Württemberg, außerdem Bezirksvorsitzende der CDU Heidenheim. Mitglied im Europaparlament ist Inge Gräßle seit 2004. *wf*



Konzentration auf Themen der EU: (von links hinten) Claudio Riedel, Liam Bezler, Sebastian Wunderle, Anastasia Zhovnir, Carolin Schwenk und Fanny Huber.

und die, die das Geld verdummen oder das Land absichtlich ruhrwirtschaften, sollen bestraft werden.

Amelie: Was ist Ihre größte Besorgnis, wenn die Westbalkanstaaten in die EU kommen?

Ich glaube nicht, dass sie in die EU kommen. Ein Beitrittsprozess ist kein Schönheitswettbewerb, wo man für oder gegen jemand ist, sondern Beitrittsprozess heißt, dass die Länder bestimmte Voraussetzungen erfüllen müssen. Nicht die EU gleicht sich diesen Ländern an, sondern umgekehrt. Wie unterstützen wir die Länder, wie helfen wir denen am besten bei der Angleichung.

Ich war vor kurzem in Ellwangen beim Methodiustag und da haben wir mit serbischen Jugendlichen diskutiert über die Aufnahme ihres Landes in die EU, die sind natürlich alle enttäuscht, weil das immer noch dauert und dauert. Ich glaube, dass wir die Erwartungen in den beiträftswil-

„Ich möchte die bäuerliche Landwirtschaft fördern.“

Inge Gräßle
über den Umgang mit Agrarfonds

ligen Ländern schon mitberücksichtigen müssen. Wenn wir nicht aufpassen, führt das Warten in den Ländern dazu, dass die jungen Leute abwandern und zu uns kommen.

Anna: Warum wollen Sie ausgerechnet die Agrarfonds kürzen?

Ich will die Agrarfonds nicht grundsätzlich kürzen, sondern ich hätte gerne für die ersten Hektar eine höhere Förderung, während dann ab einer bestimm-

ten Förderhöhe gekürzt wird. Ich möchte nicht, dass jeder Hektar gleich behandelt wird. Mein Problem sind die großen Betriebe, die sehr viel Geld bekommen durch die heutige Form der Förderung. Ich möchte die bäuerliche Landwirtschaft fördern, die verbrauchen

„Ich werde dafür sorgen, dass das Ding auch Zähne bekommt.“

Inge Gräßle
über Kürzungen für Polen und Ungarn

chernahe Nahrungsmittelproduktion, und die große Agrarfabrik deutlich geringer. Sonst werden die Reichen immer reicher. Wir sehen, dass Hedgefonds, große Finanzinstitute sich des Landes bemächtigen, weil es durch die derzeitige Förderung einfach ein schönes dauerhaftes Einkommen gibt. Ich möchte nicht, dass Agrarland zum Spekulationsobjekt wird.

Andrea: Warum gibt es nicht schon längst Kürzungen bei den Finanzhilfen für Polen und Ungarn, wenn diese Länder EU-Standards nicht einhalten und Vereinbarungen nicht umsetzen?

Im Moment wären solche Kürzungen illegal, weil es noch kein gültiges Recht dafür gibt. Mit solchen Dingen hat man ja nicht gerechnet, da in den Europäischen Verträgen das Kooperationsgebot steht, weshalb die Länder die Standards einhalten und kooperieren müssen. Jetzt sehen wir, sie machen es nicht, weshalb die Kommission hier tätig ist. Das wird noch ein hartes Stück Arbeit, dafür eine Rechtsgrundlage zu schaffen. Aber ich werde dafür sorgen, dass das Ding auch Zähne bekommt.

Anastasia: Es stand ja mal im Raum, dass Italien aus dem Euro austreten möchte. Was hat Ihrer Meinung nach dazu geführt?

Im italienischen Wahlkampf haben die Europäische Union und der Euro keine Rolle gespielt, darüber wurde nie gesprochen. Die Themen waren ganz andere. Viele Italiener würden es eine Schande finden, wenn man aus dem Euro austreten würden.

Fanny: Italien ist massiv verschuldet und die Idee des neuen Finanzministers Giovanni Tria ist es, Wachstum und Beschäftigung zu steigern, aber nicht durch schuldenfinanzierte Ausgaben. Wie würden Sie an seiner Stelle handeln, um Italien aus der Krise zu holen?

Man muss die Relationen sehen. Eine Familie, die 100 000 Euro Schulden hat und 50 000 Euro Einkommen im Jahr, ist besser dran als eine Familie, die 20 000 Euro Schulden hat und keinen Überschuss im Jahr erwirtschaftet. Deswegen ist das Problem des italienischen Staates nicht unbedingt die Staatsverschuldung, sondern dass Italien in den letzten Jahren versäumt hat, den eigenen Laden aufzuräumen.

Carolin: Wie wirkt sich die aktuelle Lage in Italien auf den einzelnen Bürger dort aus?

Man muss Italien leider in zwei Teilen sehen, dem nördlichen und dem südlichen. Der Norden ist in Bezug auf die Performance und Unternehmensfreudigkeit der Menschen zu vergleichen mit Bayern und Baden-Württemberg. Die Krise hat 2008/2009 erbarmungslos zugeschlagen. Die Lombardei füttert den restlichen Staat durch. Die wahlhabenden Familien im Norden sind vergleichbar mit Unternehmerfamilien in Baden-Württemberg, sie haben aber gefühlt: Uns geht es schlechter. Wenn man die nördlichen Regionen wie Südtirol, Trentino und Piemont nicht befriedigt und ihnen nicht das Gefühl gibt, dass diese kleinen, mittelständischen Unternehmen wieder wirtschaftlich erfolgreicher sein können, werden sie nicht mitspielen. Dann fällt der ganze Staat. Deshalb glaube ich, ist es ein richtiger Ansatz der Regierung, diesen Bereich wieder auf Vordermann zu bringen.